

neuköllnisch

Januar/Februar 2023
Linkes Informations-
und Diskussionsblatt

→ neukoellnisch.net

Dafür kämpft DIE LINKE:

Löhne rauf, Mieten runter!

Bequem vom Sofa

**So einfach
geht Briefwahl**

Wohnen, Energie & Co.

**Gemeinwohl statt
Profitmaximierung**

Damit
Berlin
unser
Zuhause
bleibt.

Ja!

WIR DEUTSCHE
WOHNEN & CO.
ENTEIGNEN

Ferat Koçak

Jorinde Schulz

Ahmed Abed

Sarah Nagel

Carla Aßmann

12. FEBRUAR 23
NEUKÖLLN WÄHLT

DIE LINKE.

Neues aus Neukölln



Neukölln steht zu Rojava

Eine Mehrheit stimmte am 14. Dezember im Neuköllner Bezirksparklament einer Resolution der LINKE-N zu. Darin heißt es: »Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln ist entsetzt angesichts der kriegerischen Aktionen des türkischen Staates in Rojava (Nordsyrien).« Die Verordneten verurteilen die Bombardierung von Dörfern, Städten und Infrastruktur in Nordsyrien, durch die zahlreiche Zivilist:innen getötet und verletzt wurden. Sie appellieren an die Bundesregierung, »sich innerhalb der Nato und gegenüber der türkischen Regierung energisch für ein Ende der Angriffe einzusetzen.«

Impressum

Neuköllnisch, Ausgabe 1/2023 (Winter 23)

Neuköllnisch wird herausgegeben von DIE LINKE Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin.

Auflage der Ausgabe: 10.000

V.i.S.d.P.: Georg Frankl

Redaktion: Georg Frankl, Barbara Heinrich, Daniel Kipka-Anton, Julian Koller, Hans Krause, Isabell Rudek, Jorinde Schulz

Titelfoto: Nicolas Mayer

Gestaltung: Georg Frankl

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln, Wipperstr. 6, 12055 Berlin, Tel./Fax: (030) 613 59 19
neukoellnisch@lists.posteo.de

Redaktionsschluss: 13.12.2022

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

Neuköllnisch ist auf Recyclingpapier gedruckt.



SPD schützt windigen Immobilienspekulanten

DIE LINKE legt sich mit dem Immobilienspekulanten René Benko an, dem das Karstadt-Gebäude am Hermannplatz gehört. Er möchte das Kaufhaus zu einer Luxus-Mall umbauen. In einem Antrag an das Neuköllner Parlament fordert DIE LINKE, die Zusammenarbeit mit Benko zu beenden, da er kein seriöser Geschäftsmann sei. Gegen den Multimilliardär wird zum wiederholten Mal wegen Korruption ermittelt. Zudem hat er erneut Insolvenz für Galeria Karstadt Kaufhof angemeldet und 238 Millionen Euro an Staatshilfen beantragt. Befürchtet wird außerdem, dass der Neubau eines Hochhauses am Hermannplatz die Tunnel der U-Bahn beschädigen kann. SPD, CDU und FDP bleiben treu an Benkos Seite und lehnten den Antrag ab.



Stadträtin bringt Licht ins Dunkel

Schock für die Bewohner:innen der Sonnenallee 7: Im November umschließt plötzlich eine gigantische Werbeplane das Haus von drei Seiten. In den Wohnungen ist es zappenduster. Daraufhin beschweren sich die Mieter:innen beim Neuköllner Bezirksamt. Bezirksstadträtin Sarah Nagel (DIE LINKE) solidarisiert sich mit ihnen vor Ort und spricht öffentlich von einem »absoluten Skandal«. Nun schaltet sich das Amt ein. Da das XXL-Plakat nicht genehmigt ist, stellt es der verantwortlichen Werbeagentur eine Frist: Sie muss innerhalb einer Woche das Plakat entfernen oder eine Strafe von 25.000 Euro zahlen. Die Drohung wirkt: Das Plakat wird am darauffolgenden Tag entfernt. Die Bewohner:innen des Hauses können aufatmen.



LINKE-Abgeordneter gegen Polizeirassismus

Der Neuköllner Abgeordnete Ferat Koçak (DIE LINKE) hat einen Rassismus-Skandal bei der Berliner Polizei aufgedeckt. Im September veröffentlichte er ein Video. Darauf ist zu sehen, wie ein Polizist bei einer Hausdurchsuchung in Hohenschönhausen eine Familie aus Syrien fremdenfeindlich beleidigt. Der Beamte fordert die Mutter auf, ihr Wohnzimmer zu verlassen. Als sie sich weigert, schreit er: »Das ist mein Land, und du bist hier Gast!« Und: »Halt die Fresse. Du bist hier in unserem Land... Ich bringe dich ins Gefängnis!« Das Ehepaar hat den Polizisten angezeigt und bei einer Pressekonferenz mit Ferat Koçak den Rassismus in der Berliner Polizei angeprangert. Sie forderten Innensenatorin Spranger (SPD) auf, einzuschreiten.



Heimstaden lässt Mieter:innen frieren

Nachdem die Heizung auch im Oktober noch nicht angeht, kontaktierten Mieter:innen in der Harzer Straße ihren Vermieter, den berüchtigten Immobilienspekulanten Heimstaden. Die Verwaltung schickte einen Notdienstmitarbeiter, um der Sache auf den Grund zu gehen. Der stellte entsetzt fest, dass die neue Heizung noch gar nicht an das Gasnetz angeschlossen war. Immer wieder müssen Mieter:innen von großen Immobilienkonzernen frieren, weil Instandhaltung und Wartung von Heizungsanlagen vernachlässigt werden. Grund: Im Gegensatz zu Modernisierungsmaßnahmen dürfen Instandhaltungskosten nicht auf die Miete umgelegt werden. DIE LINKE fordert die Enteignung großer Immobilienkonzerne.

»Mehr günstige Wohnungen für Neukölln!«



Gespräch mit den Spitzen der LINKEN im Neuköllner Rathaus über ihre schönsten Erlebnisse und die wichtigsten Ziele.

Was war das schönste Erlebnis in der Neuköllner Politik seit der letzten Wahl im Herbst 2021?

Ahmed Abed: Noch immer der Erfolg im Kampf gegen die AfD und ihren Rassismus! Auch Dank unseres Einsatzes hat sie statt zwölf nur sechs Prozent bekommen und musste den Stadtratsposten an DIE LINKE abgeben.

Sarah Nagel: Für mich als Stadträtin sind es viele kleine Erlebnisse. Ich schätze es, wenn ich positive Rückmeldung bekomme, weil ich für Bürger:innen etwas erreichen konnte oder sie sich freuen, dass sich jemand für ihr Anliegen interessiert.

Wer ist der härteste Gegner in der Kommunalpolitik?

S.N.: Die Senatsverwaltung für Finanzen. Oder besser: Die dauerhafte Unterfinanzierung der Bezirke. Überall fehlt es an Personal und Geld für soziale Angebote. Das ist die Folge politischer Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene.

Carla Aßmann: Mich nerven Kommunalpolitiker:innen, die immer sofort zig Gründe nennen, warum etwas Sinnvolles nicht geht. Besonders enttäuschen SPD und Grüne, die wichtige Anliegen, etwa ein Pilotprojekt »Sanktionsfrei beim Jobcenter« oder eine Solidaritätserklärung mit den Beschäftigten am Klinikum Neukölln, verhindert haben.

↑ **Carla Aßmann** (40, links) und **Ahmed Abed** (41) sind Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Neuköllner Bezirksparlament; **Sarah Nagel** (37, rechts) ist Neuköllner Stadträtin. Am 12. Februar stellen sie sich erneut zur Wahl. Bild: Ludger Storcks

Gibt's auch Feinde?

A.A.: Ganz klar: Als Partei ist die AfD ein echter Feind, weil sie Rassismus schürt und gegen Minderheiten hetzt.

Was sind die wichtigsten Ziel für die nächste Wahlperiode?

A.A.: Mir ist es wichtig, die unsoziale Politik von SPD und Grünen zu attackieren und antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen.
S.N.: Der Einsatz gegen jede Form von Diskriminierung steht auch auf meiner Agenda ganz oben.

C.A.: Ich möchte Menschen ermutigen, sich selbst für ihre Belange einzusetzen. Gemeinsam können wir zum Beispiel den Abriss von Karstadt am Hermannplatz verhindern oder die Rekommunalisierung der Schulreinigung durchsetzen.

Welches Problem in Neukölln muss sofort gelöst werden?

S.N.: Da gibt es leider ganz viele! Aber wenn ich eins aussuchen muss: Die Menschen in Neukölln brauchen dringend bezahlbaren Wohnraum.

C.A.: Absolut! Nötig sind ein Mietendeckel und mehr Mieter:innenschutz. Der Volksent-

scheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen!« muss umgesetzt werden, um diesen Wahnsinn zu stoppen.

A.A.: Auch das Bezirksamt muss endlich tätig werden und Vermieter, die mit leerstehenden Wohnungen spekulieren, nach der Zweckentfremdungsverordnung zur Vermietung zwingen.

Für welche Bevölkerungsgruppe in Neukölln wirst Du Dich besonders stark einsetzen?

S.N.: Für diejenigen, die am wenigsten gehört werden.

C.A.: Und für alle, die sich eine Welt wünschen, in der Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht Profite.

Ein besonderer Wunsch an die Menschen im Bezirk?

C.A.: Beibt weiter widerständig und optimistisch, dass wir gemeinsam Verbesserungen erkämpfen können.

A.A.: Noch besser: Schließt euch uns an, macht bei uns mit. Es gibt eine Welt zu gewinnen!

Vielen Dank und viel Erfolg! ◀



◀ **Die Linksfraktion in der BVV Neukölln:** (V.l.n.r.) Maya Eckes, Philipp Dehne, Carla Aßmann (Co-Vorsitzende), Sarah Nagel (Stadträtin), Georg Frankl, Susanka Sambefski, Antigoni Ntoni, Danny Butter, Nadine Haske, Ahmed Abed (Co-Vorsitzender).

Bild: Linksfraktion Neukölln



Lucy Redler

Kandidatin für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 1

- Alter: 43
- Arbeitsplatz: Oberstufenzentrum
- Seit wann wohnst du in Neukölln? Seit dem Jahr 2008.
- Ein Vorbild: Rosa Luxemburg, weil sie als revolutionäre Sozialistin den Kampf für Reformen mit einer grundlegenden Umwälzung der Verhältnisse - der Abschaffung des Kapitalismus - verband. Weil sie sich kompromisslos auf die Aktivität der Arbeiter:innenbewegung stützte und zugleich messerscharfe politische Analysen verfasste. Weil sie mutig war und eher ins Gefängnis ging, als ihren Zielen untreu zu werden.
- Wie bist du zur Politik gekommen: Durch antirassistische Proteste in den 1990er Jahren und Aktivität bei »Jugend gegen Rassismus in Europa«.

»Preise einfrieren statt unsere Wohnungen!«

Was willst du im Abgeordnetenhaus? Als Aktivistin und Sozialistin möchte ich Proteste und Bewegungen aus dem Reuterkiez und Berlin stärken, mich dafür einsetzen, dass die Reichen und Vermögenden für die aktuelle Krise zahlen und nicht die Arbeiter:innenklasse; für die (Wieder-)Aneignung zentraler Schlüsselbereiche der Wirtschaft wie der Energie- oder Pharmakonzerne durch Vergesellschaftung.

Drei Themen, die dir wichtig sind: 1. Preise runter – Löhne rauf! Mieten einfrieren statt unsere Wohnungen. Für eine automatische Anpassung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen an die Preissteigerungen; 2. Mieten senken durch preiswerten kommunalen Neubau und die Enteignung der Immobilienkonzerne; 3. bessere Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen durch kleinere Klassen und Unterstützung der Forderungen der GEW und »Schule muss anders!«.

Aus Neukölln für Berlin

Wahlkreis 1: Nördliche Sonnenallee, Reuterkiez, Harzer Kiez

Lucy Redler

Wahlkreis 2: Hermannstraße, Schillerkiez, Rollberg

Jorinde Schulz

Wahlkreis 5: Südliches Britz, Hufeisensiedlung, Buckow-Süd

Ferat Kocak



Die Neuköllner Kandidat:innen für das Berliner Abgeordnetenhaus



Jorinde Schulz

Kandidatin für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 2

- Alter: 33
- Arbeitsplatz: »Gemeingut in BürgerInnenhand«, eine Anti-Privatisierungs-NGO. Und das Linx* 44, das linke Wahlkreisbüro in Neukölln.
- Seit wann wohnst du in Neukölln? Seit dem Jahr 2014.
- Zwei Vorbilder: Gunna Starck, eine dänische Sozialistin und Feministin, die Ko-

»Meine Prioritäten: ökologische Verkehrswende und Klimaschutz!«

penhagen in den 1980ern zur Fahrradstadt machte, indem sie Autos aus der Innenstadt vertrieb. Clarice Lispector, deren Bücher von einer unvergleichlichen Intensität und Klugheit sind.

Wie bist du zur Politik gekommen: Es war Gunna Starck, die mir als Mitglied der dänischen Schwesterpartei der LINKEN viel über Antikapitalismus, Ökologie und Feminismus beibrachte. Über die Hochschulpolitik fand ich in Berlin den Weg zur LINKEN – hier hatte ich das Gefühl, gemeinsam mit anderen konkret etwas verändern zu können.

Was willst du im Abgeordnetenhaus? Dafür kämpfen, dass Energie, Mobilität, Wohnen, Gesundheit und andere Güter der Daseinsvorsorge für alle zugänglich und leistbar sind. Die Umsetzung des erfolgrei-



Moritz Wittler

Kandidat für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 3

Alter: 36

Arbeitsplatz: Gerade studiere ich noch einmal. Ich will in den Lehrerberuf wechseln.

»Ich setzte mich ein gegen Militarismus und Krieg!«

Seit wann wohnst du in Neukölln? Seit 2007. Ich wohne mit meiner Freundin und meinen zwei Kindern in der Sonnenallee.

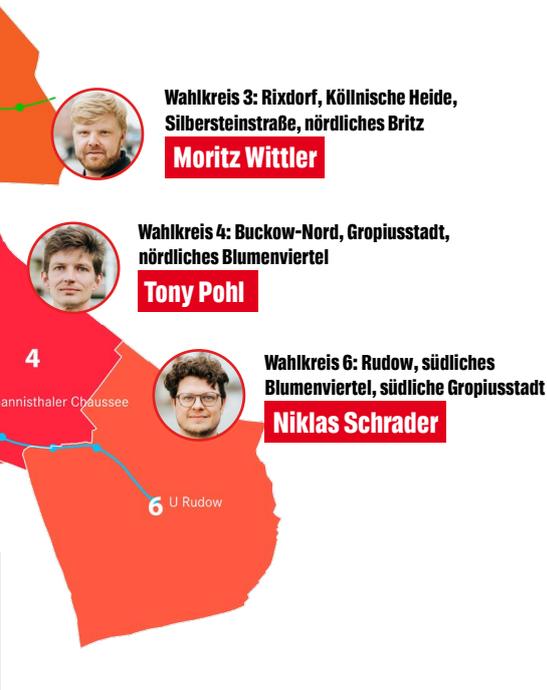
Zwei Vorbilder: Als Kind war ich immer großer Fan von Robin Hood. Wofür er steht, gefällt mir immer noch. Während meiner politischen Arbeit, sei es in der Initiative zum Erhalt des Tempelhofer Feldes, beim Streik im Einzelhandel oder bei meiner Arbeit im Vorstand der LINKEN Neukölln, habe ich viele Menschen kennengelernt, die mich inspiriert und beeinflusst haben.

Wie bist du zur Politik gekommen: In der Schulzeit habe ich mit ein paar Freunden eine Gruppe gegen Rechts und gegen den Irakkrieg gegründet. Wir haben auch ge-

meinsam eine Einführung in den Marxismus gelesen - das hat mich sehr geprägt.

Was willst du im Abgeordnetenhaus? Dasselbe, was ich auch bisher gemacht habe: Die Opposition stärken gegen die Verhältnisse, in denen Menschen täglich erniedrigt werden, in denen Menschenfeindlichkeit gedeiht und die Natur zerstört wird. Alternativen sichtbar machen. Nicht stellvertretend, sondern gemeinsam mit Bewegungen, Initiativen und Gewerkschaften.

Drei Themen, die dir wichtig sind: Ich kämpfe für eine gute öffentliche Daseinsvorsorge: gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, gesunde Krankenhäuser, gute Schulen, günstige und lebenswerte Wohnungen in öffentlicher Hand. Wichtig ist mir auch der Kampf gegen jede Art von Diskriminierung und Rassismus. Angesichts des milliarden-schweren Aufrüstungspaketes und des schrecklichen Krieges in der Ukraine will ich mich außerdem entschieden gegen Militarismus und Krieg einsetzen.



Wahlkreis 3: Rixdorf, Köllnische Heide, Silbersteinstraße, nördliches Britz
Moritz Wittler

Wahlkreis 4: Buckow-Nord, Gropiusstadt, nördliches Blumenviertel
Tony Pohl

Wahlkreis 6: Rudow, südliches Blumenviertel, südliche Gropiusstadt
Niklas Schrader

So einfach geht Briefwahl

Am 12. Februar wird in Berlin gewählt. neuköllnisch erklärt in vier einfachen Schritten, wie du per Brief an der Wahl teilnehmen kannst.



chen Volksentscheids für die Enteignung von Immobilienkonzernen ist ein zentraler Baustein dafür.

Drei Themen, die dir wichtig sind: 1. Ökologische Verkehrswende und Klimaschutz: Der Nahverkehr, Fuß- und Radwege müssen massiv ausgebaut werden, wir brauchen das 9-Euro-Ticket zurück. 2. Gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen, zum Beispiel im Krankenhaus. 3. Antirassismus: Rassistische Hetze, Ausgrenzung, polizeiliche Schikane und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt gehören angeklagt und beendet.

1 E-Mail an die zuständige Wahlbehörde schreiben. In Neukölln ist das das Wahlamt. Die E-Mail muss folgende Angaben enthalten: Familienname; Vorname(n); Geburtsdatum; Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort). Die E-Mail-Adresse des Wahlamtes Neukölln lautet: briefwahl@bezirksamt-neukoelln.de

2 Das Wahlamt verschickt die Unterlagen. Dies geschieht etwa sechs Wochen vor der Wahl (also Anfang Januar). Die Unterlagen beinhalten den Wahlschein, die Stimmzettel, einen blauen und einen roten Umschlag sowie eine Anleitung. Die Anleitung bitte unbedingt sorgfältig lesen!

3 Stimmzettel ausfüllen. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus hast du zwei Stimmen zu vergeben (Erst- und Zweitstimme). Bei der Wahl zur Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) kannst du ein Kreuz machen.

4 Ausgefüllte Stimmzettel in den blauen Umschlag stecken und zukleben. Die auf dem Wahlschein unten befindliche »Versicherung an Eides statt zur Briefwahl« mit Datum und Unterschrift versehen und den Wahlschein zusammen mit dem blauen Umschlag in den roten Wahlbriefumschlag stecken und zukleben. Den Wahlbrief wirfst du dann unfrankiert in einen Briefkasten der Deutschen Post AG.

Für radikalen Klimaschutz

Nach Meinung von Ferat Koçak (42, DIE LINKE) sind nicht die »Klimakleber« Terrorist:innen, sondern Andere.

Klebe-Terroristen« oder »Klima-RAF«: Die Klatsch-Presse hetzt gegen Jugendliche, die sich auf Kreuzungen oder an Bilderrahmen kleben, um gegen die Klimazerstörung zu protestieren. Auch Grüne und SPD gehen auf Distanz: Kevin Kühnert (33), vor wenigen Jahren noch Aushängeschild der SPD-Linken, beklagt sich über den »Absolutismus« der Letzten Generation: Die Klima-



← Ferat Koçak ist Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und sitzt für DIE LINKE im Unterausschuss.

Bild: Ferat Koçak

hat die Klimabewegung versucht, durch große Demonstrationen auf die drohende Katastrophe aufmerksam zu machen. Doch nicht mal eine einfachste Maßnahme wie ein Tempolimit auf Autobahnen wurde umgesetzt. Das 1,5-Grad-Ziel rückt in weite Ferne. Verständlich, dass sich Verzweiflung breit macht

und den Protest radikalisiert.

Wir LINKE sind solidarisch mit den Klimaprotesten, auch wenn wir nicht alle Aktionen gutheißen. Aber wir haben einen gemeinsamen Gegner. Den Regierungen sind Wirtschaftsstandort, Wachstum und die Gesundheit der Märkte wichtiger als der Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Das ist wahrer Fundamentalismus - sehr zur Freude der Terrorist:innen in den Chefetagen der Kohle- und Energiekonzerne, die niemals aufhören wollen, CO₂ in unsere Atmosphäre zu pumpen. ◀

Ferat Koçak

Gegen Nazis und »Law and Order«

Im Berliner Abgeordnetenhaus kämpft Niklas Schrader (40, DIE LINKE) für Aufklärung und eine soziale Sicherheitspolitik. neuköllnisch hat dem Innenpolitiker bei der Arbeit über die Schultern geschaut.

Keine einzige Tat in der Neuköllner Anschlagsserie wurde bisher aufgeklärt. Das bekannteste Opfer ist Burak Bektaş, der 2012 in Britz auf offener Straße erschossen wurde. Nun gibt es endlich einen Untersuchungsausschuss - dank dem Druck aus der Bevölkerung. »Mit diesen Gruppen stehen wir in engem Kon-

takt und sprechen uns ab«, berichtet Niklas Schrader. Ihm ist wichtig, dass die Öffentlichkeit mehr über die Verbindungen von Rechtsaußen in Justiz und Sicherheitsbehörden erfährt. Sein Kollege Ferat Koçak wurde 2018 selbst Opfer eines

Brandanschlags auf sein Rudower Familienhaus. Obwohl Polizei und Verfassungsschutz von der Bedrohung wussten, wurde niemand gewarnt. Später wurde bekannt, dass ein für die Aufklärung verantwortlicher Staatsanwalt mit der AfD sympathisierte. Ein LKA-Beamter pflegte freundschaftliche Beziehungen zu einem Hauptverdächtigen.

Im Innenausschuss muss der Genosse häufig gegen Innensenatorin Spranger (SPD) ankämpfen: »Immer wieder bringen wir Rassismus und Polizeigewalt zur Sprache. Statt die Vorwürfe ernst zu nehmen, greift die Senatorin dann uns an.« Statt mehr Geld für Polizei und Überwachung auszugeben, fordert er zusätzliche Investitionen in Soziales und Bildung. Soziale Sicherheit und die Bekämpfung von Armut seien der beste Schutz der Bevölkerung: »Auf diese Weise wird Kriminalität und Aggressivität der Nährboden entzogen.« ◀

Daniel Kipka-Anton

DIE LINKE ist nicht käuflich



Korruption ist in Deutschland strafbar. Großspenden von Reichen und Unternehmen an Parteien aber sind legal. Das nutzen die meisten Parteien aus: Die SPD kassiert regelmäßig von der Bau-Lobby. Die Grünen lassen sich von Fleischindustrie und Pharmakonzernen sponsern. Die CDU hält die Hand bei der Chemiewirtschaft auf. DIE LINKE ist nicht käuflich und lehnt Spenden von Unternehmen ab. Sie ist stärker als die Konkurrenz auf den Einsatz ihrer Unterstützer:innen angewiesen. Mach mit! ◀





Bild: Montecruz Foto

Vergesellschaftung

Gemeinwohl statt Profitmaximierung

Private Konzerne wie Vonovia und RWE kassieren Rekordprofite, weil unsere Grundbedürfnisse wie Wohnen, Heizung und Strom immer teurer werden. Zeit für radikale Lösungen.

Während wir mit bängigen Blicken auf unsere Kontostände schauen und vor den Briefen unserer Stromversorger und Vermieter Angst haben, knallen in den Chefetagen großer Unternehmen die Sektorkorken. Der westdeutsche Energieriese RWE steigerte seinen Gewinn im dritten Quartal 2022 im Vergleich zum Vorjahr um 70 Prozent auf 4,1 Milliarden Euro. Vonovia, Deutschlands

größter Immobilienkonzern, dem alleine in Berlin 42.000 Wohnungen gehören, erhöhte seinen Gewinn im ersten Halbjahr 2022 um 36 Prozent auf über eine Milliarde Euro.

Um dem Einhalt zu gebieten, setzt DIE LINKE auf Vergesellschaftung. Bisher wurden Unternehmen nur dann enteignet, wenn Banken und große Konzerne »gerettet« werden mussten. Das bedeutete, dass ihre Verluste uns Steuerzahler:innen aufgebürdet wurden. Sobald dann Gewinne sprudelten, wurden die Unternehmen wieder privatisiert. Bekanntestes Beispiel ist die Rettung der Banken Hypo Real Estate und Commerzbank im Zuge der Finanzkrise, die 2008 ihren Anfang nahm. Der Staat gab ihnen Steuergeldern in dreistelliger Milliardenhöhe. Aber er verzichtete darauf, im Gegenzug Einfluss auf die Geschäfte der Finanzinstitute zu nehmen. DIE LINKE will etwas anderes: Große Energie- und Wohnungsunternehmen sollen unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Nicht Gewinne sollen gesichert werden, sondern unsere Daseinsvorsorge.

Für Immobilienriesen wie Vonovia wird es eng in Berlin

Inzwischen bestehen auch gesellschaftliche Mehrheiten für Vergesellschaftung. Im September 2021 stimmten fast 60 Prozent der Berliner:innen für die Enteignung von großen Immobilienkonzernen wie Vonovia oder Adler Group. Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) will die Umsetzung dieses Volksentscheids verhindern. Die Berliner SPD ist eng mit der Immobilienwirtschaft verbündet. Eine Expert:innenkommission des Senats sollte die Angelegenheit ausbremsen.

Doch die Expert:innen haben im Dezember einen Zwischenbericht vorgelegt und bestätigt: Enteignungen können durch das Land Berlin vorgenommen werden. Die Kommission hält im Gegensatz zum Senat auch Entschädigungen unter Marktwert für möglich. Die Vergesellschaftung wäre für Berlin also längst nicht so teuer, wie die Gegner behaupten. Es wird eng für Giffey, Vonovia und Co.

Enteignung ist Entmachtung

Eigentum ist im Kapitalismus das Allerheiligste. Denn Eigentum ist Macht. Vergesellschaftung bedeutet Entmachtung von Manager:innen und Eigentümer:innen und ist die Voraussetzung für Demokratisierung der Wirtschaft. Die Forderung nach Enteignung stellt daher für Unternehmer:innen und das politische Establishment eine unerhörte Provokation dar. Sie werden mit aller Kraft dafür kämpfen, dass sie weiterhin mit unseren Grundbedürfnissen spekulieren und verdienen können. Doch diese Art des Wirtschaftens verschärft Armut und Elend. Das Grundgesetz stammt aus einer Zeit, in der dem ungezügelt Kapitalismus große Skepsis entgegenschlug. Die Möglichkeit der Enteignung und Vergesellschaftung wurde aus gutem Grund in der Verfassung verankert. In Zeiten von Inflation und Wirtschaftskrise dürfen wir unsere Grundbedürfnisse nicht länger Konzernen überantworten. ◀

Daniel Kipka-Anton

↓ **Spenden von Unternehmen und Verbänden** an Bundestagsparteien im Jahr 2020. Quelle: Lobby Control.



telegram-Infokanal von DIE LINKE. Neukölln

Du willst über die wichtigsten Aktionen und Veranstaltungen der LINKEN Neukölln informiert werden? **Scanne jetzt den Code und abonniere unseren Kanal!**



Termine der Basisorganisationen der LINKEN in Neukölln

Die Basisorganisationen (BOs) bilden die Zentren unserer Aktivitäten. Interessierte sind jederzeit willkommen! Fragen an: info@die-linke-neukoelln.de

BO Hermannstraße

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Mittwoch im Monat um 19 Uhr im Linx*44 (Schierker Str. 26)
4.1.23: Argumentationstraining für den Wahlkampf
18.1.23: Lern' DIE LINKE kennen! Mit Jorinde Schulz und Ferat Koçak
15.2.23: Wahlauswertung

BO Reuterkiez

Treffen jeden 2. Montag von 18 bis 20 Uhr im Verein iranischer Flüchtlinge, Reuterstraße 52
Treffen am 9. und 23.1. sowie am 6. und 20.2. Triff uns Samstags 11-14 Uhr am Infostand, zB:
14.1.23: Netto Sonnenallee
21.1.23: Hermannplatz
28.1.23: Lidl Maybachufer

BO Sonne

Treffen jeden 1. und 3. Dienstag im Monat um 19 Uhr im »Studio Rose«, Anzengruber Str. 21
18.1.23: Rassismus und Polizei
1.2.23: Wie können wir den Kapitalismus überwinden?
1.3.23: Zustand der Gewerkschaften in Deutschland

BO Rixdorf

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Wipperstraße 6
3.1.23: Linke Regierungen in Lateinamerika

17.1.23: Warum Austeritätspolitik in der Krise nichts nützt.

31.1.23: Aktionstreffen

BO Kranoldkiez

Treffen jeden 2. Donnerstag um 18 Uhr in der Wipperstraße 6
Treffen am 12. und 26.1. sowie am 9. und 23.2.

Triff uns beim Infostand auf dem Kranoldplatz: Sa., 21.1. und Sa., 28.1. ab 13 Uhr

BO Süd

Treffen jeden 1., 3. und ggf. 5. Mittwoch um 18.30 Uhr im »Mühlentreff«, Goldammerstr. 34
4.1.23: Plakatieren (Treffpunkt: U-Bhf Lipschitzallee)

18.1.23: Der »Neukölln-Komplex« - rechter Terror

vor unserer Haustür

1.2.23: Klassenkampf im Krankenhaus.

Linksjugend [solid] Kreuzkölln



Treffen jeden 2. Mittwoch um 18 Uhr in der Wipperstraße 6.
kreuzkoelln@solid-berlin.org

Mach mit!

Jetzt Mitglied werden!

Setz dich mit uns ein für eine soziale Gesellschaft und für eine lebenswerte Zukunft.

Gemeinsam können wir viel erreichen. Und zusammen kämpfen macht auch Spaß. Schließ dich jetzt an und mach mit!



← Code scannen, Formular ausfüllen

Darum DIE LINKE:



**Mia, 35
Pflegekraft**

» Ich unterstütze DIE LINKE, weil ich den Kapitalismus überwinden möchte. Es braucht eine neue Art von Klassenkampf: Es ist Zeit, die sozialen, klima- und friedenspolitischen Fragen gemeinsam zu beantworten!



**Josie, 39
Biologin**

» Ich bin in DIE LINKE eingetreten, weil Klimakrise und wachsende soziale Ungleichheit sich immer mehr verschärfen und nur anti-kapitalistische Ansätze in der Lage sind den Herausforderungen zu begegnen.

Kostenfreie Rechtsberatung !!!

Mittwochs 14-16 Uhr

- » **Mietrecht:** 1. und 3. Mittwoch im Monat
- » **Jobcenter und Sozialrecht:** 2. und 4. Mittwoch im Monat

Terminvereinbarung:

030 / 6 13 59 19
tony.pohl@die-linke-neukoelln.de